



## Niederschrift

### **18-002. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses des Kreistages**

**am Freitag, 01.07.2016**, 08:30 Uhr bis 09:11 Uhr,  
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes in Heppenheim, Graben 15

### Tagesordnung

- Punkt 1 Erwerb einer Mitgliedschaft des Kreises Bergstraße an der Christophorus Wohnheim eG  
Vorlage: 18-0106
- Punkt 2 Entlastungserteilung für die Rechnungsführung des Kreises Bergstraße im Haushaltsjahr 2013  
Vorlage: 18-0085
- Punkt 3 Erster Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2016  
Vorlage: 18-0098
- Punkt 4 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;  
hier: Kosten des Verwaltungsstreitverfahrens betreffend Fleischi-  
hygienegebühren

### Anwesende:

#### **Ausschussvorsitzender:**

Roeder, Oliver CDU

#### **Ausschussmitglieder:**

Kempf, Bastian CDU  
Kunkel, Joachim CDU  
Müller, Anja CDU  
Roeder, Oliver CDU siehe auch Ausschussvorsitzender  
Herbert, Gerhard SPD  
Kaltwasser, Jürgen SPD  
Klingler, Jens SPD  
Elzer, Thomas AfD  
Krause, Reinhard AfD  
Schäffer, Manfred GRÜNE  
Sürmann, Frank FDP anwesend ab zeitweise TOP 1

#### **Fraktionsvertreter/in mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):**

Lindner, Myriam FREIE WÄHLER  
Dr. Schwarz, Bruno DIE LINKE

#### **Fraktionsvorsitzender:**

Fiedler, Josef SPD

**Kreisausschuss:**

Vock, Philipp-Otto

Kreisbeigeordneter (in Vertretung des Landrats)

**Verwaltung:**

Medert, Martin

Finanz- und Rechnungswesen

Zubrod, Andreas

Finanz- und Rechnungswesen

Lannert, Mathias

Controlling, Projektmanagement und Grundsatz

Kaldschmidt, Andreas

Revision

**Schriftführerin:**

Schüßler, Helene

Fachbereich Kreisgremien

Der Ausschussvorsitzende eröffnete um 08:30 Uhr die 18-002. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses des Kreistages, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Frau Kreistagsabgeordnete Lindner (FREIE WÄHLER) fragte nach der Behandlung des Antrags ihrer Fraktion betreffend Reaktivierung der Polizeistation Viernheim und des Änderungsantrag der FDP-Fraktion hierzu, die vom Kreistag in der Sitzung am 06.06.2016 zur weiteren Beratung an den Ausschuss verwiesen worden waren.

Der Ausschussvorsitzende verwies auf die im Kreistag angeregte Teilnahme von Vertretern der Polizei an der Ausschussberatung. Es sei beabsichtigt, den neuen Polizeipräsidenten des Polizeipräsidiums Südhessen, der in Kürze sein Amt antreten werde, hierzu einzuladen. Die Beratung der Anträge solle, wenn möglich, in der nächsten Sitzung des Ausschusses erfolgen.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

**Tagesordnung**

**Punkt 1:**

**Erwerb einer Mitgliedschaft des Kreises Bergstraße an der Christophorus Wohnheim eG**

**Vorlage: 18-0106**

Bei der Beratung über die Vorlage gab es Fragen zum finanziellen Aufwand für den Kreis für die Mitgliedschaft, deren Zweck und zum zeitlichen Druck für die Entscheidung, zu denen die Verwaltung folgende Auskünfte gab:

- ein Pflichtanteil kostet 1.000 € und das Eintrittsgeld für die Genossenschaft beträgt 250 €, so dass sich der finanzielle Aufwand für den Kreis auf 2.250 € beläuft;
- der Kreis ist durch die vereinbarte Belegung der von der Christophorus Wohnheim eG errichteten Wohnhäuser an der Genossenschaft indirekt beteiligt und will sich nun entsprechendes Mitspracherecht in deren Organen sichern;
- die Belegung der ersten Wohnhäuser steht in den nächsten Wochen an, hierzu sind Verträge zu unterzeichnen.

Im Ausschuss wurde der Wunsch nach weiteren Informationen zur Genossenschaft und der angestrebten Mitgliedschaft des Kreises in der anstehenden Kreistagssitzung geäußert sowie um Vorlage der Satzung gebeten (wenn möglich, noch vor der Kreistagssitzung per E-Mail).

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste folgenden

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Die Verwaltung wird beauftragt, den Erwerb einer Mitgliedschaft des Kreises Bergstraße an der Christophorus Wohnheim eG vorzubereiten. Darüber hinaus wird dem Erwerb der beiden hierfür erforderlichen Pflichtanteile - vorbehaltlich der Erfüllung der hierfür erforderlichen Voraussetzungen - zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen.

**Punkt 2: Entlastungserteilung für die Rechnungsführung des Kreises Bergstraße im Haushaltsjahr 2013  
Vorlage: 18-0085**

Herr Abgeordneter Krause berichtete über die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 durch den Unterausschuss am 15.06.2016 und das Prüfungsergebnis.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste bei getrennter Abstimmung über Buchstabe a) und b) des Beschlussvorschlages folgenden

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgende Beschlüsse zu fassen:

"a) Nach dem Schlussbericht des Revisionsamtes zur Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2013 und nach den Feststellungen des Unterausschusses des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses hat sich die Führung der Haushaltswirtschaft durch den Kreisausschuss im Haushaltsjahr 2013 nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen gerichtet. Verstöße gegen die Grundsätze einer geordneten Haushaltsführung sind nicht festgestellt worden.

Der Kreistag nimmt den Schlussbericht des Revisionsamtes des Landkreises Bergstraße zur Kenntnis und beschließt den nach § 112 HGO erstellten Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2013.

b) Dem Kreisausschuss wird gleichzeitig für die Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2013 gemäß § 52 Hessische Landkreisordnung in Verbindung mit § 114 Hessische Gemeindeordnung, in der jeweils gültigen Fassung, Entlastung erteilt."

## **Abstimmungsergebnisse:**

Jeweils einstimmig.

**Punkt 3: Erster Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2016  
Vorlage: 18-0098**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der Vorlage 18-0098 und dem beigefügten Ersten Finanz- und Controllingbericht für das laufende Haushaltsjahr Kenntnis genommen.

**Punkt 4: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;  
hier: Kosten des Verwaltungsstreitverfahrens betreffend  
Fleischhygienegebühren**

Auf Frage aus dem Ausschuss zur Zusammensetzung der vom Kreis zu tragenden Kosten des Verwaltungsstreitverfahrens betreffend Fleischhygienegebühren von 1,2 Mio. € teilte Herr Medert mit, dass der Kreis über 1 Mio. € "Schadenersatz" an den Kläger geleistet habe für die ohne gesetzliche Ermächtigungsgrundlage erhobenen und gezahlten Gebühren für Fleischuntersuchungen, soweit sie die die EU-Mindestgebühren überstiegen hatten.

Abschließend wurde auf die nun rechtssichere neue Gebührensatzung hingewiesen und angekündigt zu versuchen, für die Kosten des Verwaltungsstreitverfahrens "Schadenersatz" beim Land geltend zu machen.

Die Sitzung wurde um 09:11 Uhr durch den Ausschussvorsitzenden geschlossen.

### Unterzeichnung der Niederschrift:

gez. Roeder

Ausschussvorsitzender

gez. Schüßler

Schriftführerin